Nr. 27. 48. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 22. Januar 1919

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Einigungsverhandlungen im Elektrizitätsstreik.

Der Elektrizitätsstreik dauert heute noch an und hat noch tiefer als gestern in das ganze öffentliche Leben eingegriffen. Zu der Lichtnot trat die Fernsprechnot. Die meisten Aemter sind im Interesse der Aufrechterhaltung des Betriebes angewiesen worden, nur militärische Dienstgespräche zu vermitteln. Das Geschäftsleben liegt infolgedessen vielfach brach. In den Vormittagsstunden traten die Vertreter der streitenden Parteien vor dem Gewerbegericht zusammen. Der Schiedsspruch des Gerichts ist erst in den Nachmittagsstunden zu erwarten. Es sind aber während der Tagung des Gerichts **Annäherungsversuche zwischen den Parteien** erfolgt; es ist daher immerhin möglich, daß in letzter Stunde noch eine Einigung ohne Schiedsspruch zustande kommt.

*

Wie wir bei Schluß des Blattes erfahren, besteht begründete Aussicht, daß die Einigungsverhandlungen zu einem vollen Einvernehmen führen werden. In diesem Falle würde der Betrieb bereits heute abend in ganzem Umfange wieder aufgenommen werden. (Vergl. Seite 3.)

Beratungen im Kabinett.

Die „unerträglichen" wirtschaftlichen Zustände.

An der gestrigen Kabinettssitzung haben, wie die P. P. N. bereits berichteten, sämtliche Staatssekretäre, verschiedene andere hohe Reichsbeamte, die Oberste Heeresleitung, vertreten durch General Grœner, und die Reichsbank, vertreten durch Herrn v. Glasenapp, teilgenommen. Die Sitzung diente einer **allgemeinen Besprechung der gesamten politischen und wirtschaftlichen Lage,** mußte wegen Lichtschwierigkeiten aufgehoben werden und wird heute fortgesetzt. Es wurden insbesondere besprochen die Fragen, die zur Kompetenz des Demobilmachungsamtes gehörten, die Fragen der Finanzwirtschaft, des Verkehrs, der Kohlenversorgung und der Arbeitslosigkeit. Einstimmig wurde der jetzige Zustand als unmöglich bezeichnet und eine recht **radikale Aenderung als Vorbedingung der wirtschaftlichen Aufrichtung Deutschlands** bezeichnet. In den Städten häufen sich die Arbeitslosen, während auf dem Lande und in den Bergwerken die Arbeitskräfte fehlen, und die Produktion durch Mangel an Arbeitskräften stagniert. Dieser Zustand bedarf dringender Abhilfe. Es ist zu erwarten, daß das Kabinett schon in der nächsten Zeit nach den Geboten der Notwendigkeit handeln wird.

Der Wahlsieg der Demokratie.

Das Wahlresultat.

Ohne die besetzten Gebiete: Koblenz-Trier, Pfalz, Elsaß-Lothringen.

Nunmehr stellt sich das Wahlergebnis wie folgt:

Wahlkreise	Demokraten	Sozialdemokraten	Unabhäng.	Deutsche Nat.	Deutsche Volkspartei	Zentrum	Bayer. Bauernbund	Diverse
1. Ostpreußen	3	7	—	2	1	1	—	—
2. Westpreußen	3	5	—	2	—	1	—	—
3. Stadt Berlin	2	5	4	1	1	1	—	—
4. Potsdam 1—9 (Teltow)	2	5	1	1	1	—	—	—
5. „ „ 10 (Rieberb.)	2	3	1	2	1	—	—	—
6. Frankfurt a. O.	2	4	—	2	—	—	—	—
7. Pommern	2	5	—	3	1	—	—	—
8. Posen	4	2	—	3	3	2	—	—
9. Breslau	2	6	—	2	—	2	—	—
10. Oberschlesien	1	5	—	1	—	8	—	—
11. Liegnitz	2	4	—	1	—	1	—	—
12. Magdeburg-Anhalt	3	7	—	1	—	—	—	—
13. Merseburg	2	1	5	1	—	—	—	—
14. Schleswig-Holstein	3	5	—	1	1	—	—	1
15. Oldenburg-Aurich	2	2	—	—	1	2	—	—
16. Hannover-Braunschweig	2	7	1	—	2	4	—	—
17. Münster-Minden	1	4	—	1	1	6	—	—
18. Arnsberg-Westf.	1	7	1	1	1	5	—	—
19. Hessen-Nassau	4	7	—	1	1	2	—	—
20. Köln-Aachen	1	3	—	—	1	8	—	—
21. Koblenz-Trier								
22. Düsseldorf 1—5	1	3	2	2	—	4	—	—
23. „ 6—12	—	3	—	—	1	7	—	—
24. Oberbayern u. Schwaben	1	6	—	—	—	6	2	—
25. Niederbayern u. Oberpf.	—	2	—	—	—	5	2	—
26. Franken	3	5	1	—	1	5	—	—
27. Bayer. Pfalz								
28. Sachsen 1—9	2	7	—	1	2	—	—	—
29. „ 10—14	2	2	3	1	—	—	—	—
30. „ 15—23	3	8	—	1	—	—	—	—
31. u. 32. Württemberg	4	7	—	—	—	4	—	2
33. Baden	3	5	—	1	—	5	—	—
34. Hessen	2	4	—	—	1	2	—	—
35. Mecklenburg-Lübeck	2	3	—	1	—	—	—	—
36. Thüringen	4	5	3	2	—	—	—	—
37. Hamburg-Bremen	3	6	1	1	1	—	—	—
Insgesamt:	74	160	23	36	22	81	4	3

Es wurden also gewählt:

Demokraten	**74**
Mehrheitssozialdemokraten	**160**
Unabhängige Sozialdemokraten	**23**
Deutschnationale Volkspartei	**36**
Deutsche Volkspartei	**22**
Christliche Volkspartei (Zentrum)	**81**
Bayerischer Bauernbund	**4**
Diverse	**3**
	403

Die Gesamtziffer der Mandate beträgt (ohne Elsaß-Lothringen) 421, davon entfallen auf Koblenz-Trier 12 und auf die Pfalz 6.

*

Das Wolffsche Telegraphenbureau teilte nachmittags folgende, noch weitergehende Ziffern mit:

Nach nichtamtlichen Meldungen können bis 1 Uhr nachmittags als gewählt gelten: 415 Abgeordnete aus 36 Kreisen (Württemberg besteht aus zwei Kreisen) von insgesamt 421 Abgeordnete (ohne Elsaß-Lothringen), aus 37 Kreisen. Es fehlt das Ergebnis aus dem 27. Kreis Rheinpfalz. Es gehören Abgeordnete

der Deutschnationalen Volkspartei	34
der Christlichen Volkspartei	86
der Deutschen Volkspartei	22
der **Deutschen demokratischen Partei**	**76**
der Sozialdemokratischen Partei	162
der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei	34

Ferner sind 11 Fraktionslose gewählt, die sich zusammensetzen aus 4 Welfen (3 in Hannover und 1 in Stade), einem Bauern- und Landarbeiterdemokraten in Schleswig-Holstein, 4 bayerischen Bauernbündlern und 2 Vertretern des württembergischen Bauern- und Bürgerbundes.

*

Die Parteien und die preußische Landesversammlung.

Die Wahlvorschläge.

Die Parteien haben jetzt den Wahlkommissaren ihre Wahlvorschläge eingereicht.

In **Berlin** (Wahlkreis 3) sind 7 Wahlvorschläge eingereicht und vom Wahlausschuß zugelassen worden, und zwar für die **Deutsche demokratischen Partei** die Liste **Dr. Ernst Troeltsch,** für die Deutsche Volkspartei die Liste Garnich, für die Deutschnationale Volkspartei die Liste Dr. Kaufmann, für die Mehrheitssozialdemokratie die Liste Paul Hirsch, für die Unabhängigen die Liste Adolf Hoffmann und für die Christliche Volkspartei die Liste Dr. Martin Faßbender, außerdem ist für die Nationaldemokraten die Liste Dr. Martin Schwahn zugelassen worden. Die Listen der Deutschen, der Deutschnationalen, der Christlichen Volkspartei und der Nationaldemokraten sind miteinander verbunden worden.

Im Wahlkreis 4 **(Teltow-Beeskow-Charlottenburg)** sind zugelassen worden: Für die **Deutsche demokratische Partei** die Liste **Otto,** für die Mehrheitssozialdemokratie die Liste Konrad Haenisch, für die Unabhängigen die Liste Witzke, für die Christliche Volkspartei die Liste Herzig, für die Deutsche Volkspartei die Liste Hollmann, für die Deutschnationale Volkspartei die Liste Lüdicke. Hier sind die Wahlvorschläge der Christlichen, der Deutschen und Deutschnationalen Volkspartei miteinander verbunden worden.

Im Wahlkreis 5 **(Potsdam 1—9)** sind zugelassen worden: Für die **Deutsche demokratische Partei** die Liste Staatsminister a. D. **Dr. Robert Friedberg,** für die Mehrheitssozialdemokraten die Liste Hue, für die Unabhängigen die Liste Klaußner, für die Deutschnationale Volkspartei die Liste Hammer, für die Deutsche Volkspartei die Liste Leidig und für die Christliche Volkspartei die Liste Höfle. Auch hier sind die Listen der Christlichen, der Deutschen und der Deutschnationalen Volkspartei miteinander verbunden worden.

Im 6. Wahlkreis **(Frankfurt a. O.)** sind zugelassen worden: Für die **Deutsche demokratische Partei** die Liste **Bollert,** für die Deutschnationale Volkspartei die Liste Bronisch, für die Deutsche demokratische Volkspartei (!) die Liste Freyschmidt, für die Unabhängigen die Liste Schröter, für die Mehrheitssozialisten die Liste Faber, für die Deutsche Volkspartei die Liste Ritthausen, für die Christliche Volkspartei die Liste Szyszkowitz. — Ueber die Verbindung von Listen ist hier eine amtliche Bekanntmachung noch nicht erfolgt, doch ist anzunehmen, daß ebenso wie bei den Wahlen zur Nationalversammlung auch für die Wahlen zur Landesversammlung die bürgerlichen Parteien ihre Listen verbinden werden.

Das Ergebnis der Wahlen.

Von [Nachdruck verboten.]

Erich Dombrowski.

Das Ergebnis der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung liegt jetzt ziemlich vollständig vor. Nur die beiden besetzten linksrheinischen Wahlkreise haben ihre Wahlziffern noch nicht abgeschlossen. Eine Uebersicht über die künftige Parteistellung im neuen Reichsparlament ist bereits, ungefähr wenigstens, möglich, und damit lassen sich auch die großen politischen Richtlinien der kommenden Zeit vorausberechnen.

In den fünfzig Jahren, die der alte Reichstag existierte, hat es nur selten einen großen Systemwechsel infolge einer erheblichen Parteiverschiebung gegeben. Ende der siebziger Jahre zerbrach Bismarck, zur antiliberalen Schutzzoll- und Ausnahmegesetzgebung übergehend, die nationalliberale Vorherrschaft, und 1887 schuf er zur Abwehr der Windthorst-Richter-Bebel-Mehrheit das konservativ-nationalliberale Kartell, das aber nur drei Jahre vorhielt. 1907 wurde nach der Auflösung des Reichstags die Sozialdemokratie völlig aufs Haupt geschlagen und 1912 kam bei den Wahlen eine nationalliberal-freisinnig-sozialdemokratische Mehrheit gegenüber dem schwarzblauen Gebilde heraus. Zwischen diesen einzelnen Abschnitten verschob sich die Parteikonstellation nur wenig. Mal errang die eine Partei ein paar Mandate mehr, mal die andere. Nur die Sozialdemokratie zeigte, bis auf die Unterbrechung von 1907, ein stetes Anwachsen.

Man durfte nun gespannt darauf sein, wie der katastrophale Kriegsausgang und die Revolution auf die politische Haltung der Massen eingewirkt hatten. Würden sie wie vorher, sich nur wenig von der großen Linie der früheren Wahläußerungen entfernen, oder würde ein völliger Umschwung antreten? Wie würde ferner, fragte man sich, die Wahlbeteiligung der Frauen und der Jugendlichen, die die bisherigen Wählerziffern um weit über das Doppelte vermehrten, wirken? Die Antwort auf alle diese Fragen liegt jetzt vor. Die reaktionären Parteien, die an dem Kriegsunglück die Schuld tragen, haben eine vollkommene Niederlage erlitten. Die Sozialdemokratie ist, sogar rapide weiter gewachsen. Nicht nur hat sie rein ziffernmäßig, die sämtlichen neu geschaffenen 24 Mandate erobert, sondern hat auch auf Kosten der Rechtsparteien und des Zentrums starke Fortschritte gemacht. Eine absolute Mehrheit aber hat sie, selbst mit den Unabhängigen zusammen, nicht in der Nationalversammlung. Erst durch das Hinzutreten der Deutschdemokraten ist eine parlamentarische Mehrheit und damit die Grundlage für eine Kabinettsbildung geschaffen.

Die Demokraten haben, wie schon auf den ersten Blick erkennbar, einen großen Wahlsieg errungen. Die Fortschrittliche Volkspartei hatte im Reichstag 42 Sitze, dazu kämen noch die Mandate der linksnationalliberalen Gruppe, die sich jetzt der Demokratie angeschlossen hat. Wenn die Demokratie nunmehr es auf ungefähr 76 Mandate gebracht hat, so ist das, unter den gegenwärtigen Verhältnissen, ein außerordentlicher Erfolg. Die eigentliche nationalliberale Partei, die jetzt Deutsche Volkspartei firmiert, ist zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgedrückt. Der linke Flügel der alten Bennigsen-Partei hat dagegen bei den Wahlen recht erfreulich abgeschnitten. Alle bekannten linksnationalliberalen Führer sind wiedergewählt worden; neue sind hinzugekommen. Mit den Demokraten werden häufig auch die vier bayerischen und der schleswig-holsteinische Bauernbündler zusammengehen. Die Demokraten werden dann mit etwa achtzig Mann im Parlament auftreten können.

Ueber alle Maßen kläglich haben die Rechtsparteien abgeschnitten. Die Konservativen, die Reichsparteiler und die Antisemiten, die im alten Reichstage zusammen über sechzig Mandate besaßen, haben es jetzt insgesamt auf nur etwa 36 gebracht. Alle diese Elemente, die wir in der Deutschnationalen Volkspartei vereinigt finden, sind vollständig ohnmächtig. Aus Ostelbien, ihrer früheren Hauptdomäne, haben sie nur einige Trümmer gerettet, und auch das nur, weil die alten Parteiführer, die Heydebrand, Westarp, Oldenburg und Konsorten schon vorher von der politischen Bühne abgetreten waren. Die Bauern haben der Reaktion jeder Art den Rücken gekehrt und sich der Demokratie aller Schattierungen zugewendet. Dagegen ist das pietistisch-konservative Wuppertal im Westen den Rechtsparteien treu geblieben.

Das Zentrum kehrt ebenfalls mit klaffenden Wunden aus dem Wahlkampfe heim. Es hat ihm nichts genützt, daß es Adolf Hoffmanns kindisch-unüberlegte Erlasse zu Schlagworten für einen neuen Kulturkampf machte, daß es alle Konfessionen bat, sich unter seinen christlichen Banner zu scharen, die Arbeiter- und Bauernschaft hat ihm trotzdem teilweise den Rücken gekehrt. In Bayern sind die Bauern in hellen Scharen zu dem demokratischen Bauernbund übergelaufen. Im Rheinland haben es die „christlichen" Arbeiter nicht viel anders getan, also vornehmlich in den Bezirken, wo die annexionistischen Zentrumsgrößen, die Feudalen und die alldeutsch gerichteten Organe wie die „Kölnische Volkszeitung" regierten. Der Zentrumssturm ist insofern gestürzt, als die Partei jetzt in keiner Weise mehr irgendwelchen ausschlaggebenden Einfluß auf den Gang der Politik im Parlament oder Regierung auszuüben vermag. Das Zen-